

Das Parlament im Globalisierungsprozess

Ein Desiderat in der Parlamentarismus- und *Global Governance*-Forschung

Sowohl in der Parlamentarismusforschung als auch in der Literatur zu Global Governance wird thematisiert, dass sich die Rolle parlamentarischer Institutionen verändert. Nationale Parlamente geraten durch Globalisierungsprozesse unter Druck, sodass sie ihre Funktion bei der demokratischen Legitimation und Steuerung politischer Prozesse nur noch eingeschränkt ausüben können. Die Kontrolle der Regierung, die Politikgestaltung durch autonome Gesetzgebung und auch die Kommunikation und Repräsentation mit Bezug auf die Gesellschaft sind davon betroffen. Gleichzeitig wird ein erhebliches Legitimitätsdefizit intergouvernementaler Politik konstatiert – regionale Parlamente oder transnationale parlamentarische Versammlungen bieten bislang keine hinreichende Lösung des Problems. Dieser Artikel resümiert die Beiträge aus beiden genannten Literatursträngen und macht auf Forschungsdesiderate aufmerksam. So wird z. B. die Frage, unter welchen Bedingungen parlamentarische Institutionen welche Beiträge zur Legitimation von Governance in Mehrebenensystemen leisten, bislang nur unzureichend theoretisiert und empirisch untersucht.

1. Einleitung¹

Parlamenten werden zentrale Aufgaben bei der demokratischen Legitimation von Politik zugesprochen. Dieser Beitrag fragt zunächst danach, inwiefern nationale Parlamente bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben zum einen durch Globalisierungs- und zum anderen durch Internationalisierungsprozesse, d. h. *Global Governance*, unter Druck geraten und welche Probleme dies nach sich zieht. Darauf aufbauend stellen wir vor, welche institutionellen Reaktionen auf diese Entwicklung beobachtbar sind bzw. wie diese in der Literatur analysiert und bewertet werden. Auf Basis der Auswertung der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur, aber auch der politischen Diskussion zu dieser Problematik, werden wir schließlich auf offene Fragen für die empirische Forschung hinweisen. Unserer Ansicht nach können sowohl die Parlamentarismusforschung als auch die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen davon profitieren, wenn Forschungsergebnisse zum Thema gegenseitig wahrgenommen werden und die Debatte über legitimes Regieren im Zeitalter der Globalisierung um die parlamentarische Dimension erweitert wird.

-
- 1 Für Hinweise und konstruktive Kritik zu einer früheren Fassung danken wir den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern der ZIB, unseren Kolleginnen und Kollegen, u. a. im Kolloquium der Arbeitsstelle Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik, v. a. Carina Sprungk und Tanja Börzel, sowie Katrin Auel und Stefan Marshall. Außerdem danken wir den vielen Gesprächspartnern im Umfeld unserer Tätigkeit im Deutschen Bundestag, denen wir zahlreiche Einsichten und Einschätzungen verdanken.

2. Globalisierung, Global Governance und Parlamente – ein Problemaufriss

Die wissenschaftliche Literatur zum Parlamentarismus ist kaum überschaubar.² Gleiches gilt für die Literatur zu den Themen Globalisierung und *Global Governance*.³ Hingegen liegen zu der spezifischen Frage, wie Parlamente auf Globalisierung und Internationalisierung reagieren und welche Rolle parlamentarische Institutionen bei der Demokratisierung internationaler *governance* leisten können, in beiden Literatursträngen bislang nur wenige Analysen vor. Diese möchten wir im Folgenden vorstellen. Während die Parlamentarismusforschung einige Beiträge hervorgebracht hat (2.2), stehen Parlamente als Akteure im Kontext von Globalisierungs- und *Global Governance*-Analysen nicht gerade im Zentrum der Aufmerksamkeit (2.1). Dies muss verwundern, denn die institutionalisierte Machtbegrenzung der Regierung durch das Parlament gehört zu den zentralen Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie (Helms 2005a: 392).

2.1. Globalisierung und Global Governance: Parlamente als blinder Fleck in der Literatur?

Demokratie bedeutet, dass die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht, dass sie durch das Volk selbst und in seinem Interesse ausgeübt wird. Grundlage hierfür ist die angenommene Kongruenz von Regierenden und Regierten (Scharpf 1998: 236; Wolf 2000: 21; Zürn 1998: 237f) – vom Volk gewählte Parlamente spielen hierfür eine zentrale Rolle. Diese Annahme einer Deckungsgleichheit der Interessen derjenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, mit den Interessen derjenigen, die die Entscheidungen treffen und zu verantworten haben, ist bereits auf nationalstaatlicher Ebene im Rahmen repräsentativer Demokratieformen prekär und konfliktträchtig.

Durch Prozesse der Globalisierung potenzieren sich die Probleme. Die »gesellschaftliche Denationalisierung« (Beisheim et al. 1999; Zürn 1998, 2003) vollzieht sich in einem komplexen ebenen- wie politikfeldübergreifenden Prozess, in dessen Verlauf die Kongruenzbedingung durch externe Effekte oft verletzt wird. Immer öfter haben externe staatliche und nichtstaatliche Akteure, seien es multinationale Konzerne oder Nichtregierungsorganisationen (*non-governmental organizations*, NGOs), entscheidenden Einfluss auf grenzüberschreitende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Prozesse. Sie werden damit zu (Mit-)Entscheidern, die nicht demokratisch rückgebunden sind. Noch dazu liegen die zeitlich beschleunig-

2 Vgl. stellvertretend Lijphart (2002); Marschall (2005a); Maurer (2002); Patzelt (2003, 2005); Sebaldt (2002); von Beyme (2002); zum deutschen Parlament siehe insbesondere Ismayr (2000) und Oberreuter et al. (2001).

3 Für einen Überblick zur Literatur zu Globalisierung siehe u. a. Altvater/Mahnkopf (2002); Beisheim/Walter (1997); Beisheim et al. (1999); Behrens (2005); Held/McGrew (2003); Schirm (2006); Zürn (2002); zu Globalisierung und *Global Governance* vgl. stellvertretend für viele andere Benz (2004); Brand et al. (2000); Desai (1998); Held (2002); Keohane (2002); Kennedy et al. (2002); Koiman (1993); Mürle (1998); Schuppert (2005); Senghaas/Roth (2006); Wilkinson/Hughes (2002); Zürn (1998).

ten ökonomischen Prozesse im Kontext globalisierter Handels- und Finanztransfers mit der Langsamkeit demokratisch legitimierter und eben meist kleinräumiger Politik über Kreuz (von Weizsäcker 2002).

In der Literatur und Politik zu Globalisierung wird oft herausgestellt, eine effektive Bearbeitung globaler Problemstellungen mache internationale Kooperation erforderlich. In ausgewählten Problembereichen der Wirtschafts-, Finanz- oder Umweltpolitik werden dem politischen Willen der nationalen Regierungen folgend tatsächlich Kompetenzen und Zuständigkeiten an internationale Instanzen wie die Europäische Union (EU), die Welthandelsorganisation (WTO) oder den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen überantwortet. In diesen Fällen werden Legitimationsketten, die in den lokalen Wahlkreisen ihren Anfang haben, bis in den internationalen Raum hinein verlängert – oft eine Überdehnung und Überstrapazierung. Bei den Überlegungen, wie dieser unbefriedigenden demokratischen Absicherung internationaler Politik begegnet werden könnte, sind sich die meisten Expertinnen und Experten einig, dass sich westlich-liberale Demokratieformen aus Wahlen, Wählerschaft, Parteienkonkurrenz, parlamentarischem System und gewählten Regierungen nicht umstandslos auf die Ebene jenseits des Staates übertragen lassen (vgl. Beisheim/Nuscheler 2003; Papadopoulos 2004; Schmalz-Bruns 2006; Wolf 2002; Zürn 2003). Stattdessen haben *Global Governance*-Konzepte Hochkonjunktur, verstanden als Regieren im internationalen Mehrebenensystem unter Einbezug einer Vielfalt (zwischen-)staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sowie mittels einer Kombination aus hierarchischer Regulierung, horizontalen Verhandlungen und freiwilligen Vereinbarungen (vgl. u. a. Benz 2004). Damit kommt aber neben der Verletzung der Kongruenzbedingung und den überstrapazierten Legitimationsketten zusätzlich das Problem hinzu, dass gesamtgesellschaftlich nicht legitimierte private Akteure auf globaler Ebene mitregieren sollen – weitere Konkurrenz für parlamentarische Akteure.

In der Literatur zu *Global Governance* findet sich zudem wenig zur spezifischen Rolle von Parlamenten. Entweder wird konstatiert, dass die Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen und damit die demokratische Legitimation der Nationalstaaten (Leibfried/Zürn 2006: 49) oder der Europäischen Union (Moravcsik 2005: 338) soweit »intakt« sind, dass eine »Legitimationskrise« oder ein »democratic deficit« gar nicht bestehe. Oder die Forschungsliteratur zur Legitimität internationalen Regierens geht nur beiläufig auf die Problematik der Schwächung von Parlamenten ein und noch seltener auf deren potenziellen Beitrag zur Legitimation des internationalen Regierens.⁴ Ausnahmen gibt es jedoch, so etwa die jüngst von Beate Habegger (2005) und Stefan Marschall (2005b) abgeschlossenen Projekte, deren Ergebnisse noch zu besprechen sind.⁵ Diese weitgehende Vernachlässigung

4 Vgl. Offe (2003); Cain et al. (2003); Grande/Pauly (2005); Held/Koenig-Archibugi (2005); Koenig-Archibugi/Zürn (2006).

5 Vgl. auch die Beiträge von Benz (1998); von Beyme (1998); Slaughter (2004, v. a. Kap. 3 zu »legislative networks«); Wolf (2000) oder auch Zürn (1998: 350f, 2003, 2005). Im Bremer Sonderforschungsbereich »Staatlichkeit im Wandel« beschäftigt sich ein Projekt mit dem Thema »Deparlamentarisierung«; es stellt jedoch die Prozesse des Legitimationswandels in den Vordergrund, nicht das Parlament als Akteur (vgl. Schneider et al. 2006).

der parlamentarischen Dimension verwundert insbesondere angesichts des Umstandes, dass ein nicht geringer Anteil der Forschungsliteratur zur Demokratisierung von *Global Governance* auf alternative Legitimationsstrategien verweist. Sehr oft wird beispielsweise das Zusammenspiel von NGOs mit den Repräsentanten der Exekutive nationaler Systeme oder auch direkt mit Vertreterinnen und Vertretern internationaler Organisationen thematisiert (Beisheim 2004; Brühl 2003; Walk/Brunnengräber 2000; Liese 2006; Schuppert 2006). Oder deliberative Verfahren werden als legitimierende Prozesse beworben (Dingwerth 2007; Neyer 2006). Dabei wird durchaus das Risiko gesehen, »dass Governance die Tendenz zu einer demokratischen Elitenherrschaft zusätzlich verschärfen wird« (Papadopoulos 2004: 220). Ulrich Beck weist darauf hin, dass viele der diskutierten Antworten auf das globale Demokratie-Dilemma »auf die eine oder andere Weise die Schleusen für demokratische Legitimation jenseits von und ohne Parlamente« (Beck 1998: 36) öffnen; die Rede ist von »post-parliamentary governance« (Andersen/Burns 1996).

2.2. Parlamentarismusforschung: Niedergangsszenarien oder Reformoptimismus?

Auch die Parlamentarismusforschung beschäftigt weniger die Frage, wie Parlamente zur Demokratisierung des globalen Regierens beitragen können. Notorisch ist jedoch die Debatte um die Bedeutung bzw. den Bedeutungsverlust nationaler Parlamente, entweder bezweifelt als eine »von keinerlei empirischen Befunden gerechtfertigte Abstiegsprognose« (Zeh 2005) oder hervorgehoben als ein »Thema mit Zukunft« (Patzelt 2005: 299). Einige Beiträge – dann auch oft an der Schnittstelle zwischen vergleichender Regierungslehre und Internationalen Beziehungen gelegen – beschäftigen sich spezifisch mit der Frage, wie Parlamente auf die genannten Prozesse reagieren oder wie parlamentarische Optionen in der internationalen Arena aussehen könnten. Doch zunächst zur Grundfrage, ob und wie Globalisierung und *Global Governance* die Arbeit der Parlamente beeinträchtigen.

In der Parlamentarismusforschung gilt es als Gemeinplatz, dass Parlamente drei *Grundfunktionen* haben, die sich alle auf die demokratische Legitimation und Steuerung politischer Prozesse beziehen (vgl. Patzelt 1995, 2003; von Beyme 2002): (1) Kontrolle der Regierung und Verwaltung, (2) Politikgestaltung, v. a. durch Gesetzgebung, und (3) Kommunikation und Repräsentation mit Bezug auf die Gesellschaft.⁶ Im Mehrebenensystem des Regierens zwischen lokalem und globalem Raum sind jedoch deutliche Machtverschiebungen zu beobachten (vgl. Brunnengräber 2007), die nationale Parlamente mit Blick auf diese drei Aufgaben unter Druck setzen. Dementsprechend diskutiert ein Großteil der Literatur zu Parlamenten seit

6 Als weitere Funktion kommt klassischerweise die Wahl von Amtsträgern (die sog. »Kreation«) hinzu. Wir vernachlässigen diese im Folgenden, obwohl man auch hier das Argument machen könnte, dass durch globalisierungsbedingte Beschleunigungsprozesse in der Politik eine Legitimation der Exekutive allein über Wahlen alle vier Jahre kaum mehr ausreicht. Vgl. auch Kayser (2007), der untersucht, wie ökonomische Globalisierung »electoral politics« beeinflusst.

den siebziger Jahren drei zentrale Problemstellungen: (1) die Loslösung der Exekutive aus der Kontrolle durch die Legislative, (2) die Abgabe von Gesetzgebungskompetenzen an internationale Institutionen und (3) die mangelnde Partizipation von Parlamentarierinnen und Parlamentariern an der internationalen Politik und dementsprechend die Einschränkung auch der Kommunikationsfunktion. Diese drei Problemstellungen untergraben mithin die zentralen demokratischen Grundfunktionen des Parlaments. Für die Parlamentarismusforschung mag diese Diskussion zum potenziellen Bedeutungsverlust des Parlaments ein »alter Hut« sein, in der *Global Governance*-Debatte werden die vorliegenden Forschungsergebnisse hierzu jedoch bislang nur ansatzweise rezipiert; daher hier ein kurzer Abriss der Argumentation, der die Ergebnisse der Forschung wiedergibt.

2.2.1. Bedeutungsgewinn der Exekutive

In parlamentarischen Demokratien unterliegt das Handeln von Regierungen formalen innerstaatlichen Mechanismen der demokratischen Kontrolle (vgl. Helms 2005a, 2006). Diese Kontrolle sollte zuvorderst durch Wahlen und – im politischen Alltagsgeschäft – durch das Parlament gewährleistet sein. Im Globalisierungskontext gewinnt jedoch mit der zunehmenden Bedeutung internationaler Verhandlungen die Exekutive gegenüber der Legislative an Spielraum, denn internationale Verhandlungen führen in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der verantwortlichen Ministerien. Die direkt an den Verhandlungen beteiligten Akteure der Exekutive haben den besseren und schnelleren Zugang zu relevanten Informationen, beispielsweise über völkerrechtliche Verträge. Die Weitergabe solcher Informationen an das Parlament erfolgt üblicherweise »zu dem Zeitpunkt, der der Regierung angemessen erscheint« (Weichert 1960: 620, zit. nach Münzing/Pilz 1998: 578), in der Vergangenheit oft auch erst ex-post mit der Vorlage des Ratifikationsgesetzes. Die Exekutive erlangt also die Position eines »gate-keeper« in multi-level governance« (Auel/Benz 2005: 380). Dies wird von Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Deutschen Bundestag auch problematisiert, beispielsweise im Zusammenhang mit den GATS-Verhandlungen im Rahmen der WTO:

»Die Macht wurde in diesem Prozess von den Parlamenten auf die Exekutiven verlagert. Nationale Parlamente haben aufgrund der Komplexität und des Zeitrahmens der Verhandlungen bisher im Prozess der Bestimmung der Verhandlungsangebote und in den laufenden Verhandlungen immer weniger Ausmaß, Richtung und Wertevorstellungen definieren können und daher häufig das Verhandlungsergebnis ohne umfassende parlamentarische und öffentliche Diskussion ratifiziert.«⁷

Darüber hinaus kann sich die Exekutive bei den Verhandlungen im Rahmen des Mehrebenenregierens der Zwei-Ebenen-Logik bedienen (Putnam 1988; Scharpf 1993; Moravcsik 1997; Zangl 1999): Einerseits dient ihr die Notwendigkeit internationaler Kooperation gegenüber dem Parlament zuhause als Druckmittel für unpopuläre Politiken (vgl. Wolf 2000: 17f), andererseits kann sie die Position des Parla-

7 SPD/Bündnis 90/Die Grünen (2003).

ments als Begründung für eigene abweichende Positionen bei den Verhandlungen anführen. So können Verantwortlichkeiten auf andere Ebenen abgeschoben werden, regierende Eliten »blame avoidance« betreiben (Offe 2003: 15) und sich mit diesem Hinweis der Verantwortung entziehen, sodass weder nationale noch regionale Parlamente eine lückenlose Kontrolle garantieren können (Grande 2000: 22; Scharpf 1998: 230f).

Die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Exekutive lösen sich dadurch aus den Fesseln nationaler parlamentarischer Kontrolle. Dabei stehen dem Parlament durchaus einige Instrumente zur Verfügung, um aktiv mitzugestalten, so etwa das Selbstbefassungsrecht oder Anspruch auf Auskunft durch die Regierung (vgl. Münzing/Pilz 1998: 578f; Hellmann et al. 2006: 54).⁸ Wie stark das Parlament diese Instrumente nutzt oder etwa aufgrund mangelnder Information, Kapazitäten oder diplomatischer Rücksichtnahme auf notwendige Flexibilitäten darauf verzichtet, wäre eine Untersuchung wert. Vieles deutet darauf hin, dass der Informationsfluss hinsichtlich internationaler Entscheidungen zwischen Parlamenten und Regierungen unzureichend ist und parlamentarische Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt werden. Mit Blick auf die USA diagnostiziert Saskia Sassen eine »entfesselte Exekutive« und konstatiert ein doppeltes Demokratiedefizit, das auf der »wachsenden Macht- und Geheimhaltungskonzentration im Bereich der Exekutive« basiere und auf den »begrenzten Möglichkeiten der Wahlsysteme, Demokratie tatsächlich zu gewährleisten« (Sassen 2005: 13). Auch in Deutschland werden solche Probleme im Parlament thematisiert.⁹

2.2.2. Kompetenzabgabe an supranationale Institutionen

Die bereits angesprochene internationale Kooperation zur Bearbeitung von Globalisierungsproblemen führt in einigen Politikbereichen zur Abgabe von Kompetenzen an internationale Institutionen, in deren Rahmen dann die Vertreterinnen und Vertreter nationaler Regierungen verhandeln und entscheiden. Durch diese intergouvernementalen Verhandlungen entsteht eine gegenseitige »Selbstbindung« der Staatengemeinschaft, die entdemokratisierende Effekte haben kann (vgl. Wolf 2000: 17f, 61f). Internationale Verträge sind demzufolge bei der Ratifikation zu vertretbaren politischen Kosten kaum noch durch das Parlament revidierbar. Hat die eigene Regierung einem Abkommen auf internationalem Parkett zugestimmt, wird ein Parlament aus diplomatischen Gründen wie aus Gründen der Glaubwürdigkeit und Kontinuität der Außenpolitik (von Beyme 1998: 21f) das Abkommen kaum mehrheitlich ablehnen; zumindest dann nicht, wenn Regierungsmehrheit und Parlamentsmehrheit politisch auf der selben Seite stehen. So bleibt nationalen Parlamenten kaum eine Alternative dazu, international verhandelte und gefasste Beschlüsse anzu-

8 Vgl. auch die völkerrechtlichen Aufsätze in Geiger (2003) zum Verhältnis von Gesetzgeber und Exekutive im Bereich der auswärtigen Gewalt.

9 Vgl. Gehrcke (2006).

nehmen.¹⁰ Dies trifft auch auf die Verträge zu, die in der Europäischen Union von den Regierungskonferenzen ausgehandelt und vom Europäischen Rat verabschiedet worden sind (vgl. Sturm/Pehle 2001: 58). Parlamente werden oft über sog. »fast track«-Verfahren¹¹ zum reinen Administrator europäischer wie internationaler Beschlüsse, ohne dass sie deren Inhalte beeinflussen oder nachträglich verändern könnten. Hinzu kommt, dass damit eine inhaltliche Bindung erzielt wird, die den Spielraum nachfolgender Gesetzgebungsinitiativen beschränkt. So beklagt etwa der zuvor bereits zitierte Antrag im Deutschen Bundestag mit Blick auf die WTO-Regeln, mit diesen »neuen international eingegangenen Verpflichtungen« würden »die Möglichkeiten der nationalen Parlamente im Rahmen der Gesetzgebung diese Politikfelder zu gestalten, deutlich eingeschränkt.«¹²

Weitreichende Prozesse hinsichtlich der Abgabe von Gesetzgebungskompetenzen sind im Rahmen der europäischen Integration zu verzeichnen: Durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam wurden wesentliche Aufgaben in die grundsätzliche Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft überführt – die Regelungsdichte durch europäisches Recht ist dementsprechend gewachsen und führte zu einer »Europäisierung der öffentlichen Aufgaben« (Schmidt 1999). Den nationalen Parlamenten bleibt »im Rahmen der Gesetzgebung häufig nur die Rolle des legislativen Notars, die bereits beschlossenen EU-Richtlinien per Anpassungsgesetz in nationales Recht umzusetzen« (Oberreuter et al. 2001: 11). Zwar haben Parlamente »das letzte Wort«, aber auch hier verbleibt ihnen »nur die Wahl zwischen Annahme oder Ablehnung« (Kohler-Koch 2000: 30). Sicherlich gäbe es die Möglichkeit, europäische Richtlinien so zu formulieren, dass gesetzgeberischer Handlungsspielraum für die nationalen Parlamente bliebe. Aber die de facto-Aushöhlung der Gesetzgebung als Aufgabe nationaler Parlamente durch die europäischen Institutionen wird schon länger als Legitimationsproblem kritisiert (Kielmansegg 1996: 53).

Dabei verwies das Bundesverfassungsgericht in seinem Maastricht-Urteil (BVerfGE 89, 155) vom 12. Oktober 1993 auf die Zweigleisigkeit der Legitimation der Europäischen Union: Neben dem Europäischen Parlament komme primär den nationalen Parlamenten die Hauptrolle bei der demokratischen Legitimation der Europäischen Union und ihrer Entscheidungsorgane zu (vgl. Steffani 1995: 43f; Hölscheidt 2000). Dazu bedarf es aber der Beteiligung nationaler Parlamente an der Willensbildung in den Angelegenheiten der Europäischen Union – die vorliegenden Studien dazu kommen jedoch selbst im europäischen Kontext zu einer eher skeptischen Einschätzung.¹³ Dies führt zurück zum Problem der Stärkung der Exekutive und damit zur Verletzung eines zentralen demokratischen Prinzips, der horizontalen

10 Nach der Geschäftsordnung hat der Bundestag lediglich die Möglichkeit der Annahme oder Ablehnung. Von der Möglichkeit der Ablehnung der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge hat er in den vergangenen Jahren keinen Gebrauch gemacht.

11 »Fast track«-Gesetzgebung bedeutet, dass das Parlament über Gesetzesvorschläge nur insgesamt entscheiden kann und nicht nachträglich bestimmte Verhandlungsaspekte ablehnen bzw. zusätzliche Forderungen als Preis für die Verabschiedung eines Gesetzes stellen kann.

12 Vgl. SPD/Bündnis 90/Die Grünen (2003).

13 Vgl. Weber-Panariello (1995); Steffani/Thaysen (1995); Kamann (1997); Norton (1996); positiver Maurer (2002) und Holzhacker (2007).

Gewaltenteilung (vgl. Börzel/Sprungk 2007), und zur Gefahr einer »De-Legitimierung politischer Entscheidungen« (Helms 2005b: 556).

Bezogen auf *internationale* Verhandlungen dürfte die Beteiligung von Parlamenten an der innerstaatlichen Entscheidungsfindung, der Schluss liegt zumindest nahe, noch geringer sein – auch wenn hierzu systematische empirische Erhebungen noch fehlen. Im Kontrast zu dieser ernüchternden Realität formulierte der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), Kofi Annan, es läge an den »Parlamentariern mit ihrer einzigartigen Gesetzgebungskompetenz – und nicht zuletzt mit ihrer Macht über die Finanzen, internationale Vereinbarungen in die Tat umzusetzen« (Annan 2002). Während sich Parlamente mithin eher durch die Kompetenzen internationaler Organisationen in der Freiheit ihrer Politikgestaltung entmachtet sehen, hofft Annan auf die Macht der Parlamente, den oft nur unverbindlichen internationalen Vereinbarungen über die Umsetzung in nationales Recht zu mehr Wirkungsmächtigkeit zu verhelfen. Wie wissenschaftliche Studien zeigen, befördern starke parlamentarische Strukturen in der Tat die rasche Ratifizierung und zuverlässige Implementierung internationaler Abkommen (Martin 2000). Unter Umständen, genauer gesagt in den Fällen, in denen mit diesen internationalen Abkommen Liberalisierung und Deregulierung beschlossen werden, sind Parlamente in der widersprüchlichen Situation, mit der Ratifizierung zu ihrer Selbstentmachtung beizutragen (Brunnengräber/Beisheim 2006).

2.2.3. *Mangelnde Partizipation von Parlamentariern im internationalen System*

Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollen die Kommunikation zwischen Wahlkreis und Bundesebene, d. h. zwischen der Basis und der zentralen Entscheidungsebene, sicherstellen. In den immer bedeutsameren Arenen der internationalen Politik spielen sie jedoch eine nur untergeordnete Rolle (vgl. Marschall 2002). Mit Blick auf viele internationale Organisationen, wie z. B. die WTO, wird deshalb auch eher von »exekutivem Multilateralismus« (Zürn 2003, 2005) oder vom »Club Model« multilateraler Kooperation gesprochen (vgl. Keohane/Nye 2001). Die »Agenda for Democratization« des ehemaligen VN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali (1996) verweist auf die Bedeutung gerade der Kommunikationsfunktion nationaler Parlamente: Sie sollen sowohl die internationale Politik durch ihren Input demokratisieren helfen, als auch zu einem verbesserten Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für internationale Politik beitragen. Die Relevanz der Vermittlung zwischen lokaler Wahlkreisebene und globaler Politik im Kontext des demokratischen Mehrebenenregierens betont auch die Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« in ihrem Abschlussbericht: »Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen ihren Auftrag als demokratische Mittler zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und den internationalen Institutionen auf der anderen Seite wahrnehmen, um Misstrauen, Ohnmachtsgefühle und Unzufriedenheit abzubauen« (Deutscher Bundestag 2002: 449). In einem Gutachten für die Enquete-Kommission fordert Dirk

Messner (2001), dass Parlamente ihre Aufgabe als »Schnittstelleninstitution« des Mehrebenenregierens besser erkennen und umsetzen müssten.

De facto sind Parlamentarierinnen und Parlamentarier aber kaum in der internationalen Arena aktiv. Stattdessen artikulieren transnational vernetzte NGOs in diesen Arenen den Willen der *grassroots*-Ebene im Umfeld internationaler Gipfeltreffen. Dabei zeigen empirische Studien, dass die Artikulation und Repräsentanz gesellschaftlicher Interessen in der globalen Arena durch Gewerkschaften, Verbände, Parteien oder auch durch die sog. »New Global Opposition« (Altvater/Brunnengräber 2002) zwar zunimmt, ihre politische Effektivität aber gering bleibt (vgl. Beisheim 2004; Brunnengräber et al. 2005; Zürn/Walter 2005). Hinzu kommt, dass der Interessenpluralismus auf der nationalen Ebene im Rahmen eines ausgleichenden parlamentarischen Systems situiert ist, während auf globaler Ebene eine solche repräsentative Institution, die das öffentliche Allgemeinwohl vertritt, fehlt (Falk/Strauss 2001: 212). Das Parlament als der Ort, an dem ein solcher Ausgleich oder auch oppositionelle Politik nationalstaatlich institutionell verankert sind, ist in der *Global Governance*-Literatur konzeptionell eine »Leerstelle« (Weisensee 2006: 673f).

Auch in neuartigen Gremien der politischen Konsultation, wie z. B. Runden Tischen, *Multi-Stakeholder*-Initiativen oder ähnlichen Politiknetzwerken, sind Parlamentarierinnen und Parlamentarier nur selten vertreten (vgl. Deupmann et al. 2001). Im Rahmen dieser meist multisektoral besetzten Institutionen werden oft (Vor-)Entscheidungen für Gesetzgebungsprozesse getroffen. Dadurch eröffnet sich zum einen die Möglichkeit, unter Einbeziehung der Positionen und Ressourcen privater Akteure die Steuerung globaler Strukturen zu verbessern und globale Probleme effektiver zu bearbeiten. Es besteht aber auch die Gefahr, dass es zu einer fortschreitenden »Informalisierung der Politik« (Altvater/Mahnkopf 2002; Greven 2005) kommt, bei der nationalen, europäischen oder transnationalen Akteursgruppen politische Entscheidungsmacht zufällt, die nicht primär am gesellschaftlich definierten Gemeinwohl, sondern am wirtschaftlichen Eigeninteresse orientiert sind (Papadopoulos 2004). Die Einrichtung solcher Gremien verstärkt zudem den allgemeinen Trend, dass gesellschaftspolitische Akteure ihr nationales Parlament immer weniger als ihren zentralen Ansprechpartner sehen – sie wenden sich lieber gleich an die Exekutive, an NGOs, die Medien oder internationale Organisationen. Der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse befürchtete in diesem Zusammenhang einen »Bedeutungsverlust« des Parlaments zu »Abnicken« (Thierse 2001).

2.3. Die politikpraktische Diskussion

Wie bereits angedeutet, wird auch gerade in der politischen Diskussion eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen gefordert. So befürchtet der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Krise der repräsentativen Demokratie: Da sich die Verhandlungsdemokratie in der Hand der Exekutive befinde, bestehe die Gefahr eines »Exekutiv-Autokratismus« (Körper-Stiftung 2001: 45; vgl. auch Leicht 2001). Auf Seiten der deutschen Politik haben sich im Deutschen Bundestag sowohl der

Unterausschuss »Globalisierung« des Auswärtigen Ausschusses als auch die Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« mit diesem Thema beschäftigt und zu seiner weiteren Erforschung aufgefordert (vgl. Deutscher Bundestag 2002; vgl. auch Weisensee 2006). 2004 setzte sich ein interfraktioneller Antrag »für eine parlamentarische Dimension im System der Vereinten Nationen« ein, der sich auf die von der »Cardoso-Kommission«¹⁴ geäußerten Vorschläge zur VN-Reform bezieht (vgl. von Winter 2005).

Auch im Rahmen verschiedener internationaler Gremien beschäftigten sich Vertreterinnen und Vertreter von Parlamenten, aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit dem Thema. Die *Commission on Global Governance* (CGG 1995: 286) hat in ihrem Bericht vorgeschlagen, bestehende internationale Parlamentarierversammlungen auszubauen. In der bereits genannten »Agenda for Democratization« werden konkrete Politikempfehlungen benannt, die parlamentarische Strukturen stärken sollen: Sowohl transnationale parlamentarische Strukturen als auch die Parlamente in den VN-Mitgliedstaaten sollen aufgewertet werden, damit sie in der Lage sind, sowohl national als auch international im Rahmen von *Global Governance* den Willen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten.¹⁵ Die *World Commission on the Social Dimension of Globalization* sprach sich für eine *Global Parliamentary Group* aus, die v. a. die Kohärenz und Konsistenz der Politik der verschiedenen internationalen Organisationen überwachen solle (WCSDG 2004: 120f). Im Rahmen des sog. *Helsinki Process on Globalisation and Democracy* wurden ebenfalls eine Reihe politikpraktischer Reformvorschläge diskutiert (vgl. Lee 2004). Eine besondere Herausforderung ergibt sich schließlich mit Blick auf die Parlamente in vielen Entwicklungsländern oder *failing/failed states*; hierzu gibt es kaum wissenschaftliche Literatur, dafür einige politikpraktische Diskussionspapiere.¹⁶

- 14 In dem Bericht des »Panel hochrangiger Personen zu den Beziehungen zwischen den VN und der Zivilgesellschaft« (UN-Dok. A/59/354 vom 11. Juni 2004) werden verschiedene Vorschläge für die Institutionalisierung eines solchen Projekts erörtert, etwa durch die Schaffung einer »Zweiten Kammer« neben der Generalversammlung. Die Initiative der Interparlamentarischen Union (IPU) übte Kritik am Cardoso-Bericht, u. a. weil sie nicht mit der Zivilgesellschaft gleichgesetzt werden möchte (von Winter 2005: 18f). Zur Kritik an den Vorschlägen siehe auch Bundestags-Drucksache 15/3711, in: <http://dip.bundestag.de/btd/15/037/1503711.pdf>; 25.2.2008.
- 15 »Member States should consider: encouraging and facilitating the closer involvement of parliamentarians in United Nations efforts to provide international support for democratization within States; establishing a continuing committee or commission on the United Nations within their national parliaments; and urging the Inter-Parliamentary Union to convene every three years at a United Nations location in order to foster international dialogue and debate on the United Nations and issues before the United Nations and its Member States« (Boutros-Ghali 1996).
- 16 So betreibt etwa die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ein Projekt zu »Democratisation and the Rule of Law«, in dessen Rahmen auch die Stärkung von Parlamenten zur Herstellung von *Good Governance* behandelt wird (siehe u. a. Chungong 2002; Eberlei 2001; Neyer 2005). Auch das BMZ und die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) förderten einen »International Policy Dialogue« zum Thema »The Participation and Interface of Parliamentarians and Civil Societies for Global Policy« (DSE 2002).

3. Institutionelle Reaktionen und deren Grenzen

Die diskutierten Problemstellungen für parlamentarische Demokratien im Globalisierungsprozess führen zu zwei wichtigen Fragenkomplexen. Erstens: Wie versuchen die nationalen Parlamente auf die Globalisierungsherausforderungen zu reagieren? Welche Anpassungsstrategien wurden gewählt, welche offiziellen Gremien wurden geschaffen, welche Reformversuche unternommen, um sich auf Globalisierungsprobleme und das Regieren in Mehrebenensystemen einzustellen? Damit eng verbunden ist, zweitens, die Frage, welche parlamentarischen Institutionen im Rahmen von *Global Governance*-Strukturen die Legitimität internationalen Regierens stärken könnten. Die Tabelle listet ein Spektrum möglicher bzw. bereits beobachtbarer Reaktionen und Institutionen auf, die in der Literatur diskutiert werden

Tabelle 1: Optionen zur Stärkung der parlamentarischen Dimension von Global Governance

	<i>Reaktionen & Institutionen</i>	<i>Beispiel</i>
National	Bewusste Beschränkung auf nationale Aufgaben und innenpolitische Umsetzung internationaler Politik	1:1 Umsetzung von EU-Direktiven
	Nationale mikropolitische Anpassungsprozesse	Stärkung von <i>voice</i> - u. Veto-Rechten, Schaffung von mehr Transparenz, verstärkter Informationsaustausch
	Nationale parlamentarische Gremien	Schaffung von Europaausschüssen, Enquete-Kommission zu Globalisierungsthemen
Bilateral	Bilaterale parlamentarische Kooperation	Stärkung bilateraler Parlamentariergruppen und -konferenzen
Regional	Regionale parlamentarische Kooperation	Stärkung regionaler Parlamentariergruppen, Aufwertung von COSAC
	Regionale Parlamente	Forderung nach Kompetenzerweiterung des EP
Trans- bzw. International	Transnationale parlamentarische Netzwerke	Stärkung von Institutionen wie GLOBE, <i>e-Parliament</i> , PnoWB
	Transnationale parlamentarische (An-)Gremien/Parlamentarische Versammlungen	Stärkung von IPU, OSZE-Versammlung u. a.
	Internationales Parlament	Aufbau einer parlamentarischen Struktur bei den VN, z. B. UNPA

Diese in der Literatur genannten Optionen zur Stärkung der parlamentarischen Dimension von *Global Governance* wollen wir im Folgenden zunächst vorstellen (3.1) und anschließend ihre Bedeutung für die Legitimität des Regierens in Mehrebenensystemen diskutieren (3.2).

3.1. Reaktionen auf die neuen Problemlagen

Bei den denkbaren Reaktionen nationaler Parlamente auf die benannten Globalisierungsprobleme kann zwischen (1) internen nationalen Reformen und (2) externen, grenzüberschreitenden Vernetzungsversuchen unterschieden werden:

(1) Nationale Parlamente können sich zunächst bewusst als die *nationale Ebene* im Kontext einer Mehrebenenpolitik verstehen und sich auf nationale Aufgaben und die innenpolitische Umsetzung internationaler Beschlüsse konzentrieren. Dies können sie im Rahmen bestehender Bestimmungen tun oder sie können *interne* Reformen anstreben, um ihre Position im Mehrebenenspiel zu stärken. So könnte die Teilhabe von Parlamentarierinnen und Parlamentariern bei der Bestimmung der nationalen Verhandlungspositionen vor und während internationaler Verhandlungen verbessert werden, indem vorab eine verschärfte Kontrolle der Regierungsposition erfolgt. Ekkehard Münzing und Volker Pilz formulieren, vor allem der »kontinuierliche außenpolitische Dialog mit der Bundesregierung« versetze »die Abgeordneten nach eigener Einschätzung am ehesten in die Lage, die deutsche Außenpolitik konkret zu beeinflussen und gleichzeitig ihrer Kontrollaufgabe nachzukommen« (Münzing/Pilz 1998: 601). Im Rahmen solcher Diskussions- und Entscheidungswege zwischen Abgeordneten und der Bundesregierung werden die Positionen gegenseitig abgeglichen und ggf. korrigiert – diese Diskussionsforen müssten gestärkt werden. Alternativ könnten auch *voice*- oder Veto-Rechte für Parlamentarierinnen und Parlamentarier – auch aus der Opposition – in Verhandlungsdelegationen geschaffen werden (so z. B. Zürn 1998: 352). In den Niederlanden, Dänemark oder den USA ist es beispielsweise gängige Praxis, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier Teil internationaler Delegationen sind. Auch die Einrichtung spezialisierter parlamentarischer Gremien ist denkbar, beispielsweise ein Globalisierungsausschuss nach dem Vorbild des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

(2) Foren zur *externen Vernetzung* sind zunächst die in vielen Parlamenten existierenden *bilateralen* Parlamentariergruppen, also interfraktionelle Zusammenschlüsse, die die außenpolitischen Beziehungen zu den Parlamenten anderer Staaten pflegen. Die Anzahl dieser Gruppen hat z. B. im Deutschen Bundestag in den letzten Legislaturperioden ständig zugenommen. Derartige Parlamentariergruppen existieren auch zur regionalen Vernetzung (beispielsweise die Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe). Sie stellen nicht nur ein Forum zum internationalen Meinungsaustausch dar, sondern bieten v. a. auch eine zusätzliche Informationsquelle für Abgeordnete. Die Bildung von Parlamentariergruppen geht u. a. auf eine Initia-

tive der IPU zurück, die ihre halbjährlichen multilateralen Konferenzen um bilaterale Gesprächsmöglichkeiten erweitern wollte.

Darüber hinaus sind auch *transnationale* Vernetzungsprozesse mit NGOs zu beobachten. Das Verhältnis von Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu NGOs ist dabei zwiespältig: Einige sehen transnational agierende NGO-Vertreterinnen und Vertreter als unliebsame und nicht legitimierte Konkurrenz, andere votieren für strategische Allianzen. Zwei parlamentarische Netzwerke, die bei ihrer Arbeit zum Thema auch zivilgesellschaftliche Akteure einbeziehen, sind *Global Legislators Organization for a Balanced Environment* (GLOBE) und *e-Parliament*. GLOBE verfolgt seit 1989 als internationales Forum mit mehr als 1200 Mitgliedern aus mehr als 100 Ländern v. a. das Ziel, Informationen über internationale Umweltpolitikprozesse sowie über innovative Politikoptionen auszutauschen.¹⁷ Die Initiative *e-Parliament* setzt auf das Internet, um die internationale Kooperation unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu verbessern (vgl. Johansen 2002). Dazu soll ein transnationales Forum samt einer virtuellen Ausschussstruktur geschaffen werden.¹⁸

Eine nächste Stufe der grenzüberschreitenden parlamentarischen Institutionalisierung sind die parlamentarischen (*An-)*Gremien bei internationalen Organisationen, die oft auf die Gründungsinitiative von Parlamentarierinnen und Parlamentariern zurückgehen und auf dem »Wunsch [basieren], die Parlamente in den außenpolitischen Angelegenheiten zu stärken« (Marschall 2002: 386). Das Besondere an diesen interparlamentarischen Institutionen ist das »Doppelmandat« (Habegger 2005: 20f; Marschall 2006: 694) der Abgeordneten, die so als Mitglieder staatlicher Parlamente eine direkte Repräsentationskette im internationalen Mehrebenensystem herstellen. Typische parlamentarische Versammlungen sind z. B. die 1949 eingesetzte beratende Parlamentarische Versammlung (PV) des Europarates und der Westeuropäischen Union (WEU), die Parlamentarische Versammlung der OSZE oder die Nordatlantische Versammlung (NAV), die ihre Beschlüsse der NATO zuleitet (vgl. Habegger 2005; Kuper 1991; Kuper/Jun 1997; Marschall 2005b). An die Vereinten Nationen lehnt sich die 1889 gegründete Interparlamentarische Union (IPU) an (vgl. Pöhle 2003; Marschall 2005b; Habegger 2005). Mit den *Parliamentarians for Global Action*¹⁹ hat die IPU seit Ende der siebziger Jahre Konkurrenz durch ein globales Parlamentariernetzwerk bekommen, das politisch-progressiver als die IPU auftritt und ohne das doppelte Mandat arbeitet (d. h. individuelle Mitgliedschaft gewählter Parlamentarier).

Europäische parlamentarische Institutionen sind für diese Diskussion von besonderem Interesse. Die EU und das Europäische Parlament (EP) gelten als »Laboratorium der Globalisierung« (Kreile 1999: 608) und werden dementsprechend auch

17 <http://www.globeinternational.org>.

18 <http://www.e-parl.net>.

19 <http://www.pgaction.org>.

umfänglich beforscht.²⁰ Interessant ist der Reformvorschlag, die »Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes« (COSAC)²¹ aufzuwerten, um eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente am Gesetzgebungsprozess der EU zu erreichen. Darüber hinaus wird diskutiert, für die diversen europäischen parlamentarischen Versammlungen eine »interparlamentarische Plattform« zu schaffen (Habegger 2005: 233f). Parallel hat das Europäische Parlament einen Bedeutungswandel vom reinen Beratungsorgan zum supranationalen Parlament mit einigen Kompetenzen erlebt (vgl. Steffani 1995: 35; Dreischer 2005), zuletzt durch den Ende 2007 in Lissabon beschlossenen EU-Reformvertrag. Die Stärkung regionaler Parlamente könnte gleichzeitig aber auch eine weitere Schwächung nationaler Parlamente bedeuten (vgl. Kohler-Koch 2000: 31). Nicht zuletzt, um dem entgegen zu wirken, ist im EU-Reformvertrag die EU-Kommission dazu verpflichtet worden, nationale Parlamente über Entwürfe von Rechtsakten frühzeitig zu informieren. Nationale Parlamente sollen die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips kontrollieren und können erreichen, dass der Entwurf nochmals überprüft werden muss.²² Ihre Mitberatungs- und Kontrollrechte werden also erweitert (vgl. Hänsch 2007: 501). Der Vertrag von Lissabon stärkt auch die Rolle des Europäischen Parlaments, indem das Mitentscheidungsverfahren zum Regelfall wird.

Hingegen besteht Konsens, dass es die Einrichtung eines *Weltparlaments* auf absehbare Zeit nicht geben wird. Diese scheitert an praktischen, politischen, kulturellen, ideologischen und sozio-ökonomischen Fragen (vgl. von Winter 2005: 19f für eine zusammenfassende Diskussion). Jeffrey Laurenti (2003) und Rainer Schmalz-Bruns (2005) sehen die weltgesellschaftlichen Voraussetzungen für eine solche Parlamentarisierung nicht gegeben. Nichtsdestoweniger setzen sich immer wieder verschiedene Akteure wissenschaftlich wie realpolitisch für dieses Ziel ein, v. a. im Kontext der Diskussion um die VN-Reform (vgl. Archibugi 1995: 138f; Falk/Strauss 2001). Habegger (2005: 136f) stellt verschiedene Modelle zur Parlamentarisierung der VN vor, die theoretisch wie politisch debattiert werden. In Deutschland ist v. a. das Modell einer *United Nations Parliamentary Assembly* (UNPA) bekannt (Bummel 2005).²³ Dieses setzt darauf, eine parlamentarische Dimension bei den VN schrittweise aufzubauen. So soll die Generalversammlung

20 Die umfangreiche Literatur hierzu kann im Rahmen dieses Beitrages nicht ausführlich gewürdigt werden, siehe jedoch die in Abschnitt 3.2 behandelten Beiträge und stellvertretend Corbett et al. (2000); Dreischer (2003); Judge/Earnshaw (2003); Krauß (2000); Koppel (2002); Marschall (2002); Maurer (2002); Maurer/Wessels (2003); Pinder (1999); Ruff (2001); Sebaldt (2002); Steffani (1995); Steunenberg/Thomassen (2002); Sturm/Pehle (2001).

21 *Conférence des Organes Spécialisés en Affaires Communautaires*. Vgl. hierzu auch bereits Pöhle (1998).

22 Letztlich entscheiden dann der Rat und das EP, ob sie dem Vorschlag der Kommission oder der Auffassung der nationalen Parlamente folgen wollen. Wenn 55% der Mitglieder des Rates oder eine Mehrheit des EP die Auffassung der nationalen Parlamente teilen, wird der Gesetzesvorschlag nicht weiter verfolgt. Für weitere Details vgl. Baddenhausen et al. (2007: 3); Sampol (2007).

23 Dies Modell wird v. a. von der NGO »Komitee für eine demokratische UNO« (KDUN) unterstützt, vgl. <http://www.uno-komitee.de/de/projekte/unpa/>; 18.12.2006.

zunächst durch eine beratende parlamentarische Institution ergänzt werden, z. B. mittels eines Kooperationsabkommens mit der IPU oder durch die Einrichtung eines Nebenorgans nach Art. 22 VN-Charta. Langfristig soll im Rahmen einer umfassenden Reform eine UNPA als Weltparlament mit echten Befugnissen ausgestattet werden. In einer Resolution zur VN-Reform unterstützte das Europaparlament im Juni 2005 diesen Vorschlag und betonte, dass »diese Parlamentarische Versammlung über das uneingeschränkte Recht auf Information, Teilhabe und Kontrolle verfügen und in der Lage sein sollte, Empfehlungen für die Generalversammlung der Vereinten Nationen anzunehmen.«²⁴

3.2. Bedeutung dieser parlamentarischen Initiativen und Institutionen

Wie nun bewertet die wissenschaftliche Literatur diese parlamentarischen Initiativen und Institutionen im Hinblick auf die Sicherstellung der Legitimität des Regierens im Kontext von Globalisierung und *Global Governance*?

Interne Reformbemühungen der nationalen Parlamente stoßen schnell an Grenzen. Diese ergeben sich zum einen aus strukturellen Zwängen, wie rechtlichen oder institutionellen Rahmenbedingungen.²⁵ Christian Demuth (2006) zeigt auf, wie Parlamentsreformen grundsätzlich eingebettet sind in institutionelle Restriktionen und Umweltbedingungen, die Anpassungsbestrebungen verhindern oder konterkarieren können und so institutionelles Lernen erschweren. Zum anderen mangelt es vielen Parlamentarierinnen und Parlamentariern schlicht an Zeit, Ressourcen oder Expertise, sich mit den vielen und komplexen globalen Entscheidungsprozessen so zu beschäftigen, dass von echter Mitgestaltung bei der Entscheidungsfindung gesprochen werden könnte (Weber-Panariello 1995: 267; Sprungk 2003; Demuth 2006). Oft bleiben Reaktionen daher symbolischer Natur, beispielsweise wenn sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier im eigenen Hause bzw. gegenüber der Regierung über mangelnde Beteiligung beschweren. Da die Exekutive bei der Implementierung internationaler Abkommen auf die Parlamente angewiesen ist, bemüht man sich aber wohl generell, zumindest einen Minimalstandard parlamentarischer Mitsprache im Vor- und Umfeld intergouvernementaler Verhandlungen zu sichern (Münzing/Pilz 1998: 601). Nach Aussage befragter Teilnehmer versuchen Parlamentarierinnen und Parlamentarier diese Chance der Partizipation so zu nutzen, dass sie zumindest die allgemeine Linie der Verhandlungsposition mitzugestalten versuchen.

Benz (1998: 215f) spricht in diesem Zusammenhang von der Erfordernis einer »losen Arenenkopplung«: Parlamente sollten Themen autonom diskutieren, gleichzeitig sollen die international verhandelnden Regierungsvertreterinnen und -vertre-

24 Entschließung des Europäischen Parlaments zur Reform der Vereinten Nationen, PE 357.491, angenommen am 9. Juni 2005.

25 Beispielsweise bedürfen nach Art. 59, Abs. 2 des Grundgesetzes von der Exekutive ausgehandelte völkerrechtliche Verträge zwar der Zustimmung des Bundestages, ein materielles Mitbestimmungsrecht bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Verträge hat das Parlament jedoch nicht.

ter aber nicht an parlamentarische Vorgaben gebunden sein, um deren Verhandlungsspielräume und Kooperationsfähigkeit nicht einzuengen. Stattdessen müsse es gelingen, Bürgerinnen und Bürger über Elemente der direkten Demokratie und Parlamentarierinnen und Parlamentarier über deliberative Kommunikationsprozesse an Sachentscheidungen frühzeitig zu beteiligen. Katrin Auel und Arthur Benz (2004, 2005, 2006) fanden in vergleichenden empirischen Studien heraus, dass weniger neue offizielle Gremien und formale Beteiligungsrechte, als vielmehr informelle »mikropolitische« Anpassungsstrategien dazu dienen, die Einbindung der nationalen Parlamente – in diesem Fall in die Angelegenheiten der EU – zu verbessern. So versuchen etwa die Arbeitsgruppen der Fraktionen im Deutschen Bundestag informell Kontakte zur Regierung bzw. auch direkt zu Akteuren auf der europäischen Ebene aufzunehmen. Auf solche Mechanismen informaler²⁶ Mitsteuerung bei der Regierungspolitik durch Parlamentarierinnen und Parlamentarier (hier der Regierungsfractionen) verweist auch Manfred Schwarzmeier (2001: 383f). Er betont die Bedeutung von Fach- und Kommunikationskompetenzen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier als entscheidenden Faktor dafür, wie erfolgreich derartige Strategien sind. Axel Schäfer, Michael Roth und Christoph Thum (2007) verweisen auf jüngste Anstrengungen, die der Bundestag zur Stärkung seiner Europatauglichkeit unternommen hat. So soll dem Parlament zeitnah Zugang zu umfassenden Informationen gegeben und sollen personelle und organisatorische Ressourcen ausgebaut werden.

Zur Europäisierung der Arbeit nationaler Parlamente²⁷ und zur Rolle der Parlamente für die Demokratie in Europa²⁸ liegen erste empirische Studien vor, deren theoretisch angeleitete vergleichende Analysen von Anpassungsstrategien nationaler Parlamente im europäischen Mehrebenensystem des Regierens überzeugen (vgl. beispielsweise Auel/Benz 2004, 2005, 2006; Maurer 2002; Sprungk 2003). Wie bereits angesprochen, zeigen diese, wie Parlamentarierinnen und Parlamentarier (v. a. aus den Europa-Ausschüssen²⁹) jenseits von Veto-Drohungen und symbolischer Politik Opportunitätsstrukturen strategisch ausnutzen, die sich ihnen im Zuge der europäischen Integration eröffnet haben. Vergleichende Studien zeigen, dass die Reaktionen klar pfadabhängig mit Blick auf die Stellung des Parlaments im jeweiligen politischen System sind (vgl. dazu Börzel 2000; Maurer 2002). Parlamente sind also offenbar unterschiedlich gut gewappnet, mit derartigen Herausforderungen umzugehen. Es wäre zu untersuchen, ob diese Erkenntnisse auch für globale Politik-

26 Auf die Probleme einer solchen »Informalisierung« wurde bereits hingewiesen.

27 Vgl. u. a. Auel (2003); Auel/Benz (2004, 2005, 2006); Börzel (2000); Holzhaacker (2007); Maurer/Wessels (2001); Maurer/Becker (2004); Sturm/Pehle (2001); Töller (2004).

28 Vgl. Andersen/Burns (1996); Blondel et al. (1998); Grunauer (2002); Maurer (2002); Norton (1996); Pöhle (1998); Schieren (2001); Weber-Panariello (1995). Auch der Schwerpunkt eines Sonderheftes der Zeitschrift für Parlamentsfragen zu »Demokratie in Europa« (Steffani/Thaysen 1995) lag auf der Rolle von Parlamenten als »Schlüsselinstitution(en) demokratischer Systeme« (Thaysen 1995: 8).

29 Vgl. hierzu auch Sturm/Pehle (2001: 59f), die die Schwierigkeiten bereits bei der Herausbildung des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestages beschreiben.

prozesse gelten oder ob sich die Situation angesichts schwächerer und stärker fragmentierter institutioneller Strukturen anders gestaltet.

Studien zu den *transnationalen parlamentarischen Foren* (z. B. IPU oder andere parlamentarische Versammlungen) bewerten deren politische Relevanz sehr unterschiedlich:³⁰ Völlig unverbindlich bleibt die Kooperation in den meisten Netzwerken. Viele Kontakte, seien sie im Kontext von Parlamentariergruppen oder im Rahmen der IPU, dienen zwar dem individuellen Austausch, führen aber nur selten zu koordinierten Aktionen mit realer politischer Bedeutung.³¹ Bei den ebenfalls weitgehend machtlosen parlamentarischen Versammlungen variiert die Bewertung von der rein symbolischen Politik der IPU bis hin zum immerhin greifbaren Einfluss der parlamentarischen Versammlung des Europarates (Habegger 2005: 225). Die IPU hat seit 2002 offiziellen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen zugesprochen bekommen; etwas, das sonst intergouvernementalen Organisationen vorbehalten ist (vgl. Habegger 2005: 138f). Ob diese institutionelle Neuerung den politikgestalterischen Einfluss der IPU im Rahmen der VN tatsächlich erhöht, bleibt abzuwarten. Die IPU als Institution – teilweise sogar als Vorläufer eines Weltparlaments gehandelt – leidet darüber hinaus unter diversen Problemen, v. a. hinsichtlich der Qualität ihrer Mitgliedschaft und Repräsentativität (vgl. Pöhle 2003; von Winter 2005). So sind beispielsweise Parlamente nichtdemokratischer Staaten Mitglieder der IPU, während Vertreter des amerikanischen Kongresses an den IPU-Treffen nicht mehr teilnehmen.

Marschall (2005b: 328f) zeigt auf, wie die Zusammenarbeit im Rahmen parlamentarischer Versammlungen – ungeachtet dessen, dass diese schwachen Institutionen ohne unmittelbaren Einfluss auf Entscheidungen seien – innovative demokratische Akzente setzen kann, sowohl im Sinne der Stärkung nationalstaatlicher Parlamente als auch im Sinne eines transnationalen Parlamentarismus. Er stellt vor allem die *two-level*-Kapazitäten der Abgeordneten in Kombination mit ihrer Freiheit zur öffentlichen Kritik jenseits diplomatischer Rücksichtnahme heraus. Die Strategie der »Parlamentsverflechtung« (Marschall 2005b: 334) könne sowohl Optionen für nationale Parlamente bergen, Handlungsfähigkeit zurück zu erlangen, als auch einen Beitrag zur Demokratisierung von *Global Governance* leisten.

In der Tat haben sich transnationale parlamentarische Institutionen mit Blick auf typische Globalisierungsthemen engagiert. Beispielsweise hat die IPU zahlreiche Entschlüsse zu typischen Globalisierungsthemen verabschiedet und sich im Vorfeld und im *follow-up* der Weltkonferenzen der neunziger Jahre engagiert (vgl. Habegger 2005: 170f). Außerdem wurden themenspezifische parlamentarische Netzwerke gegründet, wie z. B. das *International Parliamentary Network on GATS* oder das *Parliamentary Network on the World Bank* (PnoWB). Immer wieder findet

30 Vgl. Habegger (2005); Kuper (1991); Kuper/Jun (1997); Pöhle (2003); Marschall (2005b).

31 Auch wenn der Bundestag selbst mit Blick auf seine Parlamentariergruppen und die Auslandsdienstreisen seiner Mitglieder von einem wichtigen Instrument zur parlamentarischen Kontrolle im außenpolitischen Bereich spricht (vgl. z. B. Drucksache 14/4851, in: <http://dip.bundestag.de/btd/14/048/1404851.pdf>; 18.12.2006).

sich in der Literatur hierzu der allgemeine Hinweis, dass transnationale Aktivitäten viele Ressourcen der einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Anspruch nehmen, was sich aus deren Perspektive im nationalen Rahmen bzw. im Wahlkreis kaum »bezahlt« macht. Ist schon die Kluft zwischen Wahlkreis und nationalem Parlament nur schwer überbrückbar, bleibt der Wandel zum »globalen Mehrebenenspieler« eine noch schwieriger zu bewältigende Aufgabe.

4. Fazit und Ausblick: Offene Fragen für zukünftige Forschung

Folgende vorläufige Ergebnisse lassen sich mit Blick auf (1) die Parlamente im Globalisierungsprozess und (2) entsprechende Reaktionen formulieren. Beides könnte der Ausgangspunkt für (3) zukünftige empirische Forschung sein, bei der die politikwissenschaftlichen Teildisziplinen der Parlamentarismus- und der *Global Governance*-Forschung kooperieren sollten.

(1) *Parlamente im Globalisierungsprozess*: Erstens kommt es zu einem Verlust an Kontrolle der Exekutive durch die Legislative, u. a. da relevante Informationen zu internationalen Verhandlungsprozessen die Parlamente erst spät erreichen und politische Verantwortlichkeiten in Mehrebenensystemen schwerer lokalisieren und damit auch kontrollierbar sind. Zweitens hat die nationale Legislative nach Abgabe von Kompetenzen an supranationale Institutionen kaum Einfluss auf die Gesetzgebung im Rahmen internationaler Politikprozesse. Diese Problematik stellt sich in besonderem Maße im Kontext der europäischen Integration, aber auch internationale Verträge sind kaum noch revidierbar, wenn sie den nationalen Parlamenten vorgelegt werden. Umso wichtiger wäre eine umfassende Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung im Vorfeld internationaler Verhandlungen. Drittens werden nationale Parlamente aufgrund ihrer mangelnden Präsenz und Relevanz in der globalen Arena von Bürgerinnen und Bürgern immer weniger als zentrale Plattform für Kommunikation und Repräsentation gesehen.

(2) *Reaktionen und weitere Entwicklung*: Die Aktivitäten der IPU, des EP und transnationaler Parlamentariernetzwerke können als Versuche einer transnationalen parlamentarischen Begleitung und damit Demokratisierung von internationalen politischen Prozessen gewertet werden, wobei die Bewertung der Effektivität dieser Institutionen stark variiert. Über die weitere Entwicklung lässt sich zunächst nur spekulieren. Insgesamt ist wahrscheinlich, dass die *Kontrollfunktion* nationaler Parlamente weiter geschwächt wird. Denn die Mehrheit im Parlament ist nicht daran interessiert, dass die Verhandlungsspielräume sowie die Kooperationsfähigkeit »ihrer« Regierung eingeschränkt werden (Benz 1998: 216). *Informelle*, querliegende Kooperationsstrukturen zwischen Parlament und Regierung als Verbindung zwischen den beiden Arenen (im Sinne einer »losen Kopplung«) sind eine reale Option – aber auch sehr anfällige und brüchige Konstrukte, die keinen gleichwertigen Ersatz für parlamentarische Kontrolle darstellen können. Grundsätzlich versucht die Idee einer losen Kopplung zwei Kriterien der normativen Bewertung der Rolle von Parlamenten unter einen Hut zu bringen: zum einen demokratietheoretische Kri-

terien wie Partizipation, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Kontrolle, zum anderen Aspekte der Effektivität und Effizienz des Regierens im Mehrebenensystem (vgl. schon Steffani 1971). Einigkeit besteht darüber, dass auch das Regieren im Mehrebenensystem nicht nur der Output-, sondern möglichst auch demokratischer Input-Legitimität bedarf – die reine Steuerungsfähigkeit reicht nicht aus (Kohler-Koch 2000: 32). Wie genau die Abwägung aussehen soll, ist jedoch umstritten.

Selbst im Rahmen der europäischen Integration ist es kaum gelungen, eine *Rückgewinnung* von Kontrolle über die Stärkung der *formellen* Kompetenzen parlamentarischer Institutionen zu erreichen. Ein Großteil der Literatur zeichnete bislang eher »Niedergangsszenarien« (Helms 2005a: 398), in denen die Parlamente als Verlierer und die Regierungen als Gewinner der Europäisierung bezeichnet werden. Das Parlament sei »dem Brüsseler ›Alltagsgeschäft‹ mehr oder weniger ausgeliefert« (Sturm/Pehle 2001: 71).³² Ob die neuen Bestimmungen des EU-Reformvertrages de facto zu einer Stärkung der Parlamente führen, muss sich erst noch in der Praxis zeigen.

Auf globaler Ebene erscheint es vor diesem Hintergrund utopisch, von einem Weltparlament Kontrollleistungen zu erwarten. Hier ist wohl eher angebracht, zunächst über *alternative Formen* demokratischer Institutionen und Verfahren nachzudenken (vgl. z. B. Held 1995). Parlamentarische Repräsentation ist *eine* Form der Demokratisierung von *Global Governance*, die durch andere Elemente ergänzt werden kann, z. B. durch die Kontrollfunktion transnationaler NGOs, globaler (Massen-)Medien, Regulierungsbehörden oder auch judikativer Institutionen (vgl. Zangl/Zürn 2004). In diesem »Bedeutungszuwachs neuartiger Kontrolleure des nichtstaatlichen Bereichs« sieht Ludger Helms (2005a: 391, 2006) eine wichtige Entwicklung; gleichzeitig sei dieser Fokus auf »nicht-majoritäre Institutionen« und deren Output-bezogene Legitimationsleistungen problematisch. Die Besonderheit von Parlamenten bleibt es, Input-Legitimität durch *gesamtgesellschaftliche* Repräsentation und Verantwortung schaffen zu können – durch demokratische Verfahren, die sich auf einen territorial definierten *demos* beziehen.

(3) *Forschungsbedarf*: Zwar gibt es eine Menge Forschungsliteratur zu Globalisierung, *Global Governance* oder Parlamenten – es fehlt jedoch an theoriegeleiteter empirischer Forschung zu den Wechselbeziehungen. Mittels systematisch vergleichender Fallstudien könnte man untersuchen, in welchem Umfang und unter genau welchen Rahmenbedingungen *nationale* Parlamente relevanten Einfluss auf die Formulierung *gouvernementaler* Außenpolitik und die Kontrolle internationaler Politikprozesse gewinnen (vgl. Holzhaacker 2007: 9). Helms beklagt in diesem Zusammenhang, dass die »Interdependenz und Dynamik unterschiedlicher Formen der Kontrolle von Regierungsmacht weitestgehend ausgeblendet« (Helms 2005a: 393) bleiben. Weiterführend wäre zu untersuchen, inwiefern die vorliegenden instruktiven Ergebnisse aus der Europäisierungsforschung zu Kompensationsstrategien ein-

32 Vgl. hierzu auch Grande/Pauly (2005: 298) sowie den Beitrag von Helms (2005b), der sich kritisch mit der durch von Bogdandy (2005) formulierten »Fortschrittsthese« zum europäischen Parlamentarismus auseinandersetzt.

zelter Parlamente auf *globale* Politikprozesse übertragbar sind. Was ist strukturell gleich, was anders? Entsprechende Hypothesen sollten erarbeitet und empirisch überprüft werden.

Auch inwieweit die *transnationalen* Aktivitäten der nationalen Parlamente oder neuer parlamentarischer Gremien dazu beitragen, dem Ziel einer demokratisch legitimierten *Global Governance* zur Verregelung von Globalisierungsproblemen näher zu kommen, ist eine empirisch offene Frage. Zwar liegen wie besprochen erste Studien zu den traditionellen parlamentarischen Versammlungen vor (Habegger 2005; Marschall 2005b), aber die jüngeren Initiativen (z. B. *e-Parliament* oder die sog. *Meetings of Parliamentarians* auf den Weltkonferenzen) oder auch die sektor- bzw. themenspezifischen Netzwerke (z. B. GLOBE oder PNWB) sind noch nicht erforscht. Zudem sind Wege der Einbindung *nationaler* Parlamente in die Strukturen und Prozesse von *Global Governance* noch wenig untersucht (Benz 1998: 219). Wie Benz erwartet auch Marschall, dass parlamentarische Körperschaften im Mehrebenensystem von *Global Governance* »ihren Platz finden und sich miteinander verflechten [müssen]« (Marschall 2002: 390; siehe auch Sebaldt 2002). Richtig ist, dass ein solcher transnationaler »Neoparlamentarismus« (Marschall 2002, 2005a, b) andere Funktionen ausüben und anderen Logiken unterliegen wird – aber welche(n) genau ist noch nicht geklärt.

Erste Erkenntnisse, wie sich nationale Parlamente über interne Reformen und externe Vernetzungsbemühungen als Mehrebenenspieler beweisen und damit auch zur Legitimation von *Global Governance* beitragen könnten, sind in der Literatur aber durchaus vorhanden: Erstens sollte intern die *Kommunikationsfunktion* des Parlaments gestärkt werden. Im Kontakt zur Öffentlichkeit und zu den Bürgerinnen und Bürgern liegt die Stärke nationaler Parlamente, hier liegen Möglichkeiten der Mitgestaltung von Außen- und Globalisierungspolitiken über öffentliche Debatten. Zweitens kann die externe *Vernetzung* im Rahmen transnationaler parlamentarischer Gremien wohl v. a. dann eine Hilfe bei der Rückgewinnung von parlamentarischer Gestaltungsmacht sein, wenn es gelingt, relativ schnell und effizient strategisch wichtige Informationen über aktuelle globale Entscheidungsprozesse auszutauschen. Nur dann wird es möglich sein, während bzw. bereits im Vorfeld internationaler Verhandlungen mitzureden. Dies hebt drittens auf die Bedeutung der Stärkung von *Mitspracherechten im Vorfeld* intergouvernementaler Verhandlungen ab. Diese könnten für Parlamente zumindest eine gewisse Kompensation für den Verlust von Kontrolle bedeuten. Bislang sind diese Mitspracherechte im Kontext der Europäischen Integration stärker institutionalisiert als bei Globalisierungsproblemen – und auch besser untersucht (vgl. z. B. Auel/Benz 2006). Eine relevante Forschungsfrage wäre also, wie solche Mitspracherechte – jenseits rein informeller Mitsteuerung – im Hinblick auf internationale Politikprozesse aussehen könnten.

Nicht nur für die normative Diskussion über die Zukunft der parlamentarischen Demokratie wären die Ergebnisse eine wertvolle Basis – vor allem der Diskurs über legitime und effektive Formen von *Global Governance* könnte damit entscheidend ergänzt werden. Legitimität und demokratische Partizipation bleiben relevante Faktoren für effektive Steuerung auch in globalen Strukturen. Es genügt nicht, allein auf

die Output-Legitimität internationaler *Governance* zu verweisen, auch wenn die durch Globalisierung »zerfaserte Staatlichkeit« es erschweren mag, »vorauszu-sehen, welche Strukturen die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen sicherstellen könnten« (Leibfried/Zürn 2006: 54). Generell fehlt bislang bei den Überlegungen zu *Global Governance* die »Perspektive der vergleichenden Regie-rungslehre fast vollständig« (Weisensee 2006: 674). Edgar Grande und Thomas Risse (2000) haben in dieser Zeitschrift bereits thematisiert, dass die verschiedenen Teildisziplinen der Politikwissenschaft, v. a. Internationale Beziehungen und Regie-rungslehre, zusammenkommen müssten, um die Folgen von Globalisierungsprozes-sen angemessen erforschen zu können. Übersetzt auf das Thema dieses Beitrags bedeutet dies, dass es wünschenswert wäre, wenn die Internationalen Beziehungen zukünftig bei der Diskussion über legitime *Global Governance* die Ergebnisse der Parlamentarismusforschung stärker rezipieren und die Parlamentarismusforschung die Forschungsergebnisse zu Globalisierung und *Global Governance* in ihrer Debatte über die Zukunft der Parlamente stärker berücksichtigen würden. Gemein-sam ließe sich dann auch die Frage bearbeiten, wie und unter welchen Bedingungen Parlamente zur Legitimation von *Global Governance* beitragen können.

Literatur

- Altwater, Elmar/Brunnengraber, Achim 2002: NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52: 6-7, 6-14.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 2002: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster.
- Annan, Kofi 2002: Parlamente – wichtiger als je zuvor, in: Blickpunkt Bundestag 5: 1, Deut-scher Bundestag, Berlin, in: <http://www.bundestag.de/bp/2002/bp0201/0201003a.html>; 20.2.2008.
- Andersen, Svein/Burns, Tom R. 1996: The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy: A Study of Post-Parliamentary Governance, in: Andersen, Svein/Eliassen, Kjell A. (Hrsg.): The European Union: How Democratic Is It?, London, 227-251.
- Archibugi, Daniele 1995: From the United Nations to Cosmopolitan Democracy, in: Archi-bugi, Daniele/Held, David (Hrsg.): Cosmopolitan Democracy: An Agenda for a New World Order, Cambridge, 121-162.
- Auel, Katrin 2003: Strategische Anpassung nationaler Parlamente an das europäische Mehre-benensystem – Ein deutsch-britischer Vergleich, in: Grande, Edgar/Prätorius, Reiner (Hrsg.): Politische Steuerung und neue Staatlichkeit, Baden-Baden, 259-280.
- Auel, Katrin/Benz, Arthur 2004: National Parliaments in EU Multilevel Governance: Dilemmas and Strategies of Adaption (Arbeitspapier der FernUniversität Hagen »polis« Nr. 60), in: <http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/polis60.pdf>; 20.02.2008.
- Auel, Katrin/Benz, Arthur 2005: The Politics of Adaptation: The Europeanisation of National Parliamentary Systems, in: Journal of Legislative Studies 11: 3-4, 372-393.
- Auel, Katrin/Benz, Arthur (Hrsg.) 2006: The Europeanisation of Parliamentary Democracy, Abingdon.
- Baddehausen, Heike/Gey, Tanja/von Harbou, Frederik 2007: Der EU-Reformvertrag (Wis-senschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 28/07), Berlin.
- Beck, Ulrich 1998: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt a. M., 7-66.
- Beisheim, Marianne 2004: Fit für Global Governance? Transnationale Interessengruppenakti-vitäten als Demokratisierungspotential – am Beispiel Klimapolitik, Opladen.

- Beisheim, Marianne/Dreher, Sabine/Walter, Gregor/Zangl, Bernhard/Zürn, Michael* 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden.
- Beisheim, Marianne/Nuscheler, Franz* 2003: Global Governance und Demokratie, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2004/2005, Frankfurt a. M., 32-47.
- Beisheim, Marianne/Walter, Gregor* 1997: »Globalisierung«. Kinderkrankheiten eines Konzeptes, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4: 1, 153-180.
- Behrens, Maria* (Hrsg.) 2005: Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität, Wiesbaden.
- Benz, Arthur* 1998: Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, 201-222.
- Benz, Arthur* 2004: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden.
- Blondel, Jean/Sinnott, Richard/Svensson, Palle* (Hrsg.) 1998: People and Parliament in the European Union: Participation, Democracy and Legitimacy, Oxford.
- Börzel, Tanja A.* 2000: Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung?, in: Politische Vierteljahresschrift 41: 2, 225-250.
- Börzel, Tanja A./Carina Sprungk* 2007: Undermining Democratic Governance in the Member States? The Europeanisation of National Decision-Making, in: Holzhaacker, Ronald/Albaek, Erik (Hrsg.): Democratic Governance and European Integration: Linking Societal and State Processes of Democracy, Aldershot, 113-136.
- Boutros-Ghali, Boutros* 1996: An Agenda for Democratization, New York, NY.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter* 2000: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster.
- Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike* (Hrsg.) 2005: NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 400), Bonn.
- Brunnengräber, Achim/Beisheim, Marianne* 2006: Eine Runde der Abnicker? Die parlamentarische Demokratie in der Globalisierungsfalle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 51: 12, 1499-1506.
- Brunnengräber, Achim* 2007: Multi-Level-Governance: Neue (Forschungs-)Perspektiven für die Politik- und Sozialwissenschaften, in: Brunnengräber, Achim/Walk, Heike (Hrsg.): Multi-Level-Governance. Umwelt-, Klima- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt, Baden-Baden, 333-343.
- Brühl, Tanja* 2003: Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen. Ein Erklärungsmodell auf der Basis der situationsspezifischen Ressourcennachfrage, Frankfurt a. M.
- Bummel, Andreas* 2005: Internationale Demokratie entwickeln – Für eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen. Ein Strategiepapier des »Komitees für eine demokratische UNO«, Stuttgart.
- Cain, Bruce E./Dalton, Russell J./Scarow, Susan E.* (Hrsg.) 2003: Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies, Oxford.
- CGG (Commission on Global Governance)* 1995: Our Global Neighbourhood: The Report of the Commission on Global Governance, Oxford.
- Chungong, Martin* 2002: Assisting Good Governance and Democracy: The Changing Roles of African Parliaments (IPU-Paper presented at the GTZ-Conference on »Assisting Good Governance and Democracy: A Learning Process. Reflections on Developments in Africa«), in: <http://www.dkvh.ch/konfliktforschung/pdf/conferencedocumentationberlin.pdf>; 18.12.2006, 132-135.
- Corbett, Richard/Jakobs, Francis/Shackleton, Michael* 2000: The European Parliament, London.
- Demuth, Christian* 2006: Der Bundestag als lernende Institution?, in: <http://www.politikwissenschaft.de/dummy/fileadmin/docs/2006xDemuth.pdf>; 18.12.2006.

- Desai, Meghnad 1998: Global Governance, in: Messner, Dirk (Hrsg.): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, 323-344.
- Deupmann, Ulrich/Fischer, Susanne/Koltermann, Ulrike/Palmer, Hartmut/Saugar, Michael/Schäfer, Ulrich 2001: Im Ritual erstarrt. Fast ohne Gegenwehr lässt sich der Bundestag entmachten. Immer mehr Gesetze kommen aus Brüssel, den Rest erledigt Bundeskanzler Gerhard Schröder in Konsensrunden, Kommissionen und Experten-Räten, in: Der Spiegel 22, 28.5.2001, 43-53.
- Deutscher Bundestag 2002: Schlussbericht der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft«, Opladen.
- Dingwerth, Klaus 2007: The New Transnationalism: Private Transnational Governance and Its Democratic Legitimacy, Basingstoke.
- Dreischer, Stephan 2003: Das Europäische Parlament. Eine Funktionsbilanz, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Funktionen. Programm und Ergebnisse institutioneller Analyse, Wiesbaden, 213-276.
- Dreischer, Stephan 2005: Der Machtaufstieg des Europäischen Parlaments und der Einfluss institutioneller Mechanismen, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Macht. Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse, Baden-Baden, 145-170.
- DSE (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung) 2002: Global Policy without Democracy? The Participation and Interface of Parliamentarians and Civil Societies for Global Policy, in: <http://www.inwent.org/ef-texte/parlmnt/ind2501e.htm>; 18.12.2006.
- Eberlei, Walter 2001: Institutionalised Participation in Processes Beyond the PRSP (GTZ-Studie), Eschborn.
- Falk, Richard/Strauss, Andrew 2001: Bridging the Globalization Gap. Toward Global Parliament, in: <http://www.globalpolicy.org/ngos/role/globdem/globgov/2001/0418gap.htm>; 18.12.2006.
- Geiger, Rudolf (Hrsg.) 2003: Neuere Probleme der parlamentarischen Legitimation im Bereich der auswärtigen Gewalt, Baden-Baden.
- Gehrcke, Wolfgang 2006: Die Schere im Bundestag. Eine restriktive Informationspolitik der Bundesregierung macht Abgeordneten die Kontrolle der Exekutive schwer, in: Frankfurter Rundschau, 3.2.2006, 9.
- Grande, Edgar 2000: Multi-Level Governance. Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems, in: Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU?, Baden-Baden, 11-30.
- Grande, Edgar/Risse, Thomas 2000: Bridging the Gap. Konzeptionelle Anforderungen an die politikwissenschaftliche Analyse von Globalisierungsprozessen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 235-265.
- Grande, Edgar/Pauly, Louis W. (Hrsg.) 2005: Complex Sovereignty: Re-Constituting Political Authority in the 21st Century, Toronto.
- Greven, Michael Th. 2005: The Informalization of Transnational Governance: A Threat to Democratic Government, in: Grande, Edgar/Pauly, Louis W. (Hrsg.): Complex Sovereignty: Re-Constituting Political Authority in the 21st Century, Toronto, 261-284.
- Grunauer, Alexander 2002: Demokratie und Legitimation – Die Achillesferse der Europäischen Union: Eine Studie zum Europäischen Parlament (Universität Zürich: Dissertation), Zürich.
- Habegger, Beate 2005: Parlamentarismus in der internationalen Politik. Europarat, OSZE und Interparlamentarische Union, Baden-Baden.
- Hänsch, Klaus 2007: Ende gut – alles gut? Anmerkungen zum Reformvertrag, in: Integration 31: 4, 499-502.
- Held, David 1995: Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Cambridge.
- Held, David (Hrsg.) 2002: Governing Globalization: Power, Authority and Global Governance, Cambridge.
- Held, David/McGrew, Anthony (Hrsg.) 2003: The Global Transformation Reader: An Introduction to the Globalization Debate, Cambridge.

- Held, David/Koenig-Archibugi, Mathias (Hrsg.) 2005: Global Governance and Public Accountability, Oxford.
- Hellmann, Gunter/Baumann, Rainer/Wagner, Wolfgang 2006: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Helms, Ludger 2005a: Der Wandel politischer Kontrolle in den parlamentarischen Demokratien Westeuropas, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 36: 2, 390-410.
- Helms, Ludger 2005b: Metamorphosen des Parlamentarismus in Europa – eine Auseinandersetzung mit der »Fortschrittsthese« Armin von Bogdandys, in: Leviathan 33: 4, 544-560.
- Helms, Ludger 2006: The Changing Parameters of Political Control in Western Europe, in: Parliamentary Affairs 59: 1, 78-97.
- Hölscheidt, Sven 2000: Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50: 28, 31-38.
- Holzhaacker, Ronald 2007: National Parliaments, in: Graziano, Paolo/Vink, Maarten Peter (Hrsg.): Europeanization: New Research Agendas, Basingstoke.
- Ismayr, Wolfgang 2000: Der deutsche Bundestag, Opladen.
- Johansen, Robert C. 2002: An E-Parliament To Democratize Globalization: An Idea Whose Time Has Come (Kroc Institute Occasional Paper 22:OP:3), Notre Dame.
- Judge, David/Earnshaw, David 2003: The European Parliament, New York, NY.
- Kamann, Hans-Georg 1997: Die Mitwirkung der Parlamente der Mitgliedstaaten an der europäischen Gesetzgebung. National-parlamentarische Beeinflussung und Kontrolle der Regierungsvertreter im Rat der Europäischen Union im Spannungsfeld von Demokratie und Funktionsfähigkeit des gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahrens, Frankfurt a. M.
- Kayser, Mark Andreas 2007: How Domestic Is Domestic Politics? Globalization and Elections, in: Annual Review of Political Science 10: 1, 341-362.
- Kennedy, Paul/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.) 2002: Global Trends and Global Governance, London.
- Keohane, Robert O. (Hrsg.) 2002: Power and Governance in a Partially Globalized World, London.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. 2001: The Club Model of Multilateral Cooperation and Problems of Democratic Legitimacy, in: Porter, Roger P./Sauve, Pierre/Subramanian, Arvind/Zampetti, Americo Beviglia (Hrsg.): Efficiency, Equity and Legitimacy: The Multilateral Trading System at the Millenium, Washington, DC.
- Kielmansegg, Peter Graf 1996: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen.
- Koenig-Archibugi, Mathias/Ziim, Michael (Hrsg.) 2006: New Modes of Governance in the Global System: Exploring Publicness, Delegation and Inclusiveness, Basingstoke.
- Kohler-Koch, Beate 2000: Regieren in der Europäischen Union. Auf der Suche nach demokratischer Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50: 6, 30-38.
- Koiman, Jon (Hrsg.) 1993: Modern Governance: New Government-Society Interactions, London.
- Körber-Stiftung 2001: Verhandlungsdemokratie? Politik des Möglichen – Möglichkeiten der Politik (Protokoll des 120. Bergedorfer Gesprächskreises), Hamburg.
- Krauß, Stefan 2000: Parlamentarisierung der europäischen Außenpolitik. Das europäische Parlament und die Vertragspolitik der Europäischen Union, Opladen.
- Kreile, Michael 1999: Globalisierung und europäische Integration, in: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt a. M., 605-623.
- Kreppel, Amie 2002: The European Parliament and Supranational Party System: A Study in Institutional Development, Cambridge.
- Kuper, Ernst 1991: Transnationale Versammlung und nationales Parlament. Einige Überlegungen zur Funktion und Leistung des Parlamentarismus in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22: 4, 620-638.
- Kuper, Ernst/Jun, Uwe (Hrsg.) 1997: Nationales Interesse und integrative Politik in transnationalen parlamentarischen Versammlungen. Europa- und Nordamerika-Studien, Opladen.
- Laurenti, Jeffrey 2003: UN Reform: Is a World Parliamentary Assembly Needed? An Idea Whose Time Has Not Come, in: Mendlovitz, Saul H./Walker, Barbara (Hrsg.): A Reader

- on Second Assembly and Parliamentary Proposals, Center for UN Reform Education, in: <http://www.uno-komitee.de/en/documents/unpa-reader-2003.pdf>; 18.12.2006.
- Lee, Steve 2004: The Role of Parliamentarians: Proposals to Better Involve Parliamentarians in Providing Legitimacy to International Institutions/Strengthening Compliance with International Agreements (Arbeitspapier, Helsinki Process, Track One: Global Problem-Solving), in: http://www.helsinki.fi/netcomm/ImgLib/24/89/lee_paper_20041018.pdf; 18.12.2006.
- Leibfried, Stephan/Zürn, Michael 2006: Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation. in: Leibfried, Stefan/Zürn, Michael (Hrsg.): Transformationen des Staates?, Frankfurt a. M., 19-68.
- Leicht, Robert 2001: Alles Verhandlungssache. Das Kommissionswesen blüht, das Parlament verkümmert, in: http://www.zeit.de/archiv/2001/22/200122_verhandl.-demokr.xml; 18.12.2006.
- Liese 2006: Staaten am Pranger. Zur Wirkung internationaler Regime auf innerstaatliche Menschenrechtspolitik, Wiesbaden.
- Lijphart, Arend (Hrsg.) 2002: Parliamentary Versus Presidential Government, Oxford.
- Marschall, Stefan 2002: »Niedergang« und »Aufstieg« des Parlamentarismus im Zeitalter der Denationalisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33: 2, 377-390.
- Marschall, Stefan 2005a: Parlamentarismus. Eine Einführung, Baden-Baden.
- Marschall, Stefan 2005b: Transnationale Repräsentation in Parlamentarischen Versammlungen. Demokratie und Parlamentarismus jenseits des Nationalstaats, Baden-Baden.
- Marschall, Stefan 2006: Neoparlamentarische Demokratie jenseits des Nationalstaates? Transnationale Versammlungen in internationalen Organisationen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37: 4, 683-697.
- Martin, Lisa 2000: Democratic Commitments: Legislatures and International Cooperation, Princeton, NJ.
- Maurer, Andreas 2002: Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, Baden-Baden.
- Maurer, Andreas/Becker, Peter 2004: Die Europafähigkeit der nationalen Parlamente. Umsetzungsprobleme und Empfehlungen, Berlin.
- Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang 2003: Das Europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza. Arena, Akteur oder Alibi?, Baden-Baden.
- Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang (Hrsg.) 2001: National Parliaments on Their Ways to Europe: Losers or Latecomers?, Baden-Baden.
- Messner, Dirk 2001: Weiterentwicklung der Rolle von Nationalstaaten in der Global Governance-Architektur (Gutachten für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Globalisierung der Weltwirtschaft« AU-Stud 14/16), Berlin.
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51: 4, 513-553.
- Moravcsik, Andrew 2005: Is There a »Democratic Deficit« in World Politics?, in: Held, David/Koenig-Archibugi, Mathias (Hrsg.): Global Governance and Public Accountability, Malden, MA, 212-239.
- Münzing, Ekkehard/Pilz, Volker 1998: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29: 4, 575-604.
- Mürle, Holger 1998: Global Governance. Literaturreport und Forschungsfragen, Duisburg.
- Neyer, Jürgen 2005: Parlamente als Adressaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Lehren aus der internationalen und der deutschen Erfahrung (GTZ-Studie), Eschborn.
- Neyer, Jürgen 2006: The Deliberative Turn in Integration Theory, in: Journal of European Public Policy 13: 5, 779-791.
- Norton, Philip 1996: National Parliaments and the European Union, London.
- Oberreuter, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Sebaldt, Martin (Hrsg.) 2001: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden.

- Offe, Claus 2003: Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie, in: Offe, Claus (Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt a. M., 9-23.
- Papadopoulos, Yannis 2004: Governance und Demokratie, in: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden, 215-237
- Patzelt, Werner J. 1995: Vergleichende Parlamentarismusforschung als Schlüssel zum Systemvergleich. Vorschläge zu einer Theorie- und Forschungsdebatte, in: Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente (Zeitschrift für Parlamentsfragen, Sonderband zum 25jährigen Bestehen), Opladen, 355-385.
- Patzelt, Werner J. 2003: Parlamente und ihre Funktionen, in: Patzelt, Werner (Hrsg.): Parlamente und ihre Funktionen. Programm und Ergebnisse institutioneller Analyse, Wiesbaden, 13-37.
- Patzelt, Werner J. 2005: Phänomenologie, Konstruktion und Dekonstruktion von Parlamentsmacht, in: Patzelt, Werner (Hrsg.): Parlamente und ihre Macht. Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse, Baden-Baden, 255-302.
- Pinder, John (Hrsg.) 1999: Foundations of Democracy in the European Union: From the Genesis of Parliamentary Democracy to the European Parliament, New York, NY.
- Pöhle, Klaus 1998: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die nationalen Parlamente. Bietet COSAC einen Ausweg?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29: 1, 77-89.
- Pöhle, Klaus 2003: Die Interparlamentarische Union als Faktor demokratischer Legitimation im völkerrechtlichen Bereich, in: Geiger, Rolf (Hrsg.): Neuere Probleme der parlamentarischen Legitimation im Bereich der auswärtigen Gewalt, Baden-Baden, 139-157.
- Putnam, Robert D. 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization 42: 3, 427-460.
- Ruff, Andreas 2001: Das Europäische Parlament. Entstehung, Struktur, Aufgaben und Schwächen des Europäischen Parlaments, Berlin.
- Sampol, Céilia 2007: Half a Victory for National Parliaments, in: Europolitics, 7.11.2007, 9.
- Sassen, Saskia 2005: Die entfesselte Exekutive: Globalisierung und liberaler Staat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 50: 4, 413-424.
- Schäfer, Axel/Roth, Michael/Thum, Christoph 2007: Stärkung der Europatauglichkeit des Bundestages, in: Integration 30: 1, 44-49.
- Scharpf, Fritz W. 1993: Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen, in: Böhret, Carl/Wewer, Götrik (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert. Zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Opladen, 165-185.
- Scharpf, Fritz W. 1998: Demokratie in der transnationalen Politik, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt a. M., 228-253.
- Schieren, Stefan 2001: Nationale Parlamente als Legitimationsgrund europäischer Politik. Zum Beispiel das Westminster-Parlament, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32: 2, 339-351.
- Schirm, Stefan A. 2006: Globalisierung – Forschungsstand und Perspektiven, Baden-Baden.
- Schmalz-Bruns, Rainer 2005: Stellungnahme zu den Leitfragen der öffentlichen Anhörung des Unterausschusses Vereinte Nationen im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, 14.03.2005, Berlin.
- Schmalz-Bruns, Rainer 2006: Demokratie im Prozess der Globalisierung. Zur Demokratieverträglichkeit von Global Governance, in: Behrens, Maria (Hrsg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität, Wiesbaden, 79-98.
- Schmidt, Manfred G. 1999: Die Europäisierung öffentlicher Aufgaben, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 30), Opladen, 385-394.
- Schneider, Steffen/Nullmeier, Frank/Lhotta, Roland/Krell-Laluhová, Zuzana/Hurrelmann, Achim 2006: Legitimationskrise nationalstaatlicher Demokratien?, in: Leibfried, Stefan/Zürn, Michael (Hrsg.): Transformationen des Staates?, Frankfurt a. M., 197-229.
- Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) 2005: Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien, Baden-Baden.

- Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) 2006: Global Governance and the Role of Non-State Actors, Baden-Baden.
- Schwarzmeier, Manfred 2001: Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informellen Einflusses im Deutschen Bundestag, Wiesbaden.
- Sebaldt, Martin 2002: Parlamentarismus im Zeitalter der europäischen Integration. Zur Logik und Dynamik politischer Entscheidungsprozesse im demokratischen Mehrebenensystem der EU, Opladen.
- Senghaas, Dieter/Roth, Michèle (Hrsg.) 2006: Global Governance für Entwicklung und Frieden. Perspektiven nach einem Jahrzehnt, Bonn.
- Slaughter, Anne-Marie 2004: A New World Order, Princeton, NJ.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen 2003: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. GATS-Verhandlungen – Transparenz und Flexibilität sichern (Bundestags-Drucksache 15/576 vom 12. März 2003), Berlin.
- Sprungk, Carina 2003: National Parliamentary Scrutiny in the European Union: The German Bundestag and the French Assemblée Nationale – Key Players or Side Shows, in: <http://aei.pitt.edu/581/>; 18.12.2006.
- Steffani, Winfried 1971: Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen.
- Steffani, Winfried 1995: Das Demokratie-Dilemma der Europäischen Union. Die Rolle der Parlamente nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993, in: Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente (Zeitschrift für Parlamentsfragen, Sonderband zum 25jährigen Bestehen), Opladen, 33-49.
- Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.) 1995: Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente (Zeitschrift für Parlamentsfragen, Sonderband zum 25jährigen Bestehen), Opladen.
- Steunenberg, Bernard/Thomassen, Jacques (Hrsg.) 2002: The European Parliament: Moving Towards Democracy in the EU, Lanham, MD.
- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich 2001: Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Thaysen, Uwe 1995: Demokratie in Europa nach der Zeitenwende 1989/90, in: Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente (Zeitschrift für Parlamentsfragen, Sonderband zum 25jährigen Bestehen), Opladen, 7-30.
- Thierse, Wolfgang 2001: Eine Runde der Abnicker? Zum angeblichen und tatsächlichen Bedeutungsverlust des Parlaments, in: Frankfurter Rundschau, 25.6.2001, 6.
- Töller, Annette Elisabeth 2004: Dimensionen der Europäisierung. Das Beispiel des Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35: 1, 25-50.
- von Beyme, Klaus 1998: Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungsfindung, in: Internationale Politik 53: 4, 21-30.
- von Beyme, Klaus 2002: Parliamentary Democracy: Democratization, Destabilization, Reconsolidation, 1789-1999, Basingstoke.
- von Bogdandy, Armin 2005: Entmachtung der Parlamente?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.5.2005, 8.
- von Weizsäcker, Ernst Ulrich 2002: Globalisierung und Demokratie, in: Scheidewege 32, 238-244.
- von Winter, Thomas 2005: Die Idee einer Parlamentarisierung der Vereinten Nationen als Beitrag zur Debatte über »Global Governance« und Demokratie (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Info-Brief), Berlin.
- Walk, Heike/Brunnengraber, Achim 2000: Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster.
- WCSOG (World Commission on the Social Dimension of Globalization) 2004: A Fair Globalization: Creating Opportunities For All (Final Report, ILO), Genf.
- Weber-Panariello, Philippe A. 1995: Nationale Parlamente in der Europäischen Union: Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen

- Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.
- Weichert, Jürgen C. 1960: Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, in: Außenpolitik 11: 9, 618-627.
- Weisensee, Hanne 2006: Zukunftskonzept ohne Parlamente? Die AG »Global Governance« in der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltpolitik« des Deutschen Bundestags, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37: 4, 669-683.
- Wilkinson, Rorden/Hughes, Steve (Hrsg.) 2002: Global Governance: Critical Perspectives, London.
- Wolf, Klaus Dieter 2000: Die neue Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratiepblem in der Weltgesellschaft, Baden-Baden.
- Wolf, Klaus Dieter 2002: Contextualizing Normative Standards for Legitimate Governance Beyond the State, in: Grote, Jürgen R./Gbikpi, Bernard (Hrsg.): Participatory Governance, Opladen, 35-50.
- Zangl, Bernhard 1999: Interessen auf zwei Ebenen. Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik, Baden-Baden.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael 2004: Verrechtlichung – Baustein für Global Governance?, Bonn.
- Zeh, Wolfgang 2005: Über Sinn und Zweck des Parlaments heute, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 36: 3, 473-488.
- Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a. M.
- Zürn, Michael 2002: From Interdependence to Globalization, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth (Hrsg.): Handbook of International Relations, London, 235-254.
- Zürn, Michael 2003: Global Governance in der Legitimationskrise?, in: Offe, Claus (Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt a. M., 232-256.
- Zürn, Michael 2005: Goba Governance and Legitimacy Problems, in: Held, David/Koenig-Archibugi, Mathias (Hrsg.): Global Governance and Public Accountability, Oxford, 136-163.
- Zürn, Michael/Walter, Gregor (Hrsg.) 2005: Globalizing Interests: Pressure Groups and Denationalization, Albany, NY.